



Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2005-2008

**Auszug für die Medien-Orientierung
vom 17. März 2004**

A. Übergeordnete Ziele, Trends und strategische Absichten	2
B. Entwicklungsschwerpunkte, Massnahmen und Finanzen	15
C. Finanzplanbeschlüsse 2005-2008	21
D. Ergebnisse Finanzplan 2005-2008	22

A. Übergeordnete Ziele, Trends und strategische Absichten

1 Gesellschaft und Kultur

Übergeordnete
Zielsetzung

Die Solidarität zwischen den Bevölkerungsgruppen, sozialen Schichten sowie Alt und Jung ist zu stärken. Die Eigenständigkeit des Einzelnen wird gefördert, von sozialen Risiken Betroffene werden gezielt unterstützt. Die kulturelle Identität bei gleichzeitiger Offenheit für Neues ist zu wahren.

Trends: Gesellschaftlicher Wandel - Abnehmender Stellenwert der traditionellen Familie - Steigende soziale Risiken und Armut - Steigende Ansprüche an den Staat - Fortschreitende Globalisierung - Gefahr der abnehmenden eigenen kulturellen Identität

Soziale Sicherheit

Familie, Kleinfamilien und Alleinerziehende, neue soziale Risiken, Armut, Working poor

1: Ausgangslage

Der Wandel der Familienformen und die geringere Stabilität von Partnerschaften prägen die Gesellschaft. Die Zahl der Alleinerziehenden ist zunehmend. Diese sind – neben den Working poor Haushalten – am stärksten von wirtschaftlicher Schwäche betroffen. Wirtschaftlicher und sozialer Strukturwandel erhöhen die Nachfrage nach Sozialhilfe und Sozialberatung. Demgegenüber führen die knappen personellen Ressourcen zu Lücken in der Auftragserfüllung. Sofern soziale Notlagen nicht frühzeitig erfasst werden können, ist die Integration der betroffenen Personen in Frage gestellt.

Strategische Absicht

Die Wirksamkeit der Beratungsangebote ist zu erhöhen, indem die vernetzte Zusammenarbeit der betroffenen Institutionen verbessert wird.

Entwicklungsschwerpunkte

Soziale Risiken und Notlagen, Sozialberatung (ES 14).

Kultur, Sprache und Sport

Kulturelle Globalisierung und Nationalsprachen

2: Ausgangslage

„Weltweite“ kommerzialisierte Kulturformen (Populärkulturen) nehmen zu. Die Wechselwirkungen zwischen Aspekten der kulturellen Globalisierung einerseits und der lokalen/regionalen Gegenbewegungen (Identitäten) führen zu Spannungen. Graubünden weist eine reiche und vielfältige Kultur auf. Diese wird leider nur lokal koordiniert und punktuell vermarktet. Das Potenzial der Bündner Kultur als Ganzes, insbesondere für den Tourismus, wird kaum wahrgenommen und zu wenig ausgeschöpft. Mit der Globalisierung nimmt auch die Alltagsrelevanz des Englischen zu. Gleichzeitig werden die Nationalsprachen bedrängt. Die fünf rätoromanischen Idiome als Schriftsprachen werden längerfristig von der Einheitssprache Rumantsch Grischun abgelöst.

Strategische Absicht

Die kulturelle Vielfalt ist als Reichtum bewusster zu machen und im Rahmen des touristischen Angebotes besser zur Geltung zu bringen. Kantonsprachen und Idiome sind zu erhalten, gleichzeitig sind Rumantsch Grischun als Schriftsprache zu festigen sowie die Fremdsprachenkompetenz unter Einbezug des Englischen zu stärken.

Entwicklungsschwerpunkte

Kulturelle Globalisierung und Nationalsprachen (ES 10).
Vermarktung Kultur (ES 11).

2 Staat und Politik

Übergeordnete
Zielsetzung

Graubünden stärkt seine Aussenbeziehungen, vereinfacht seine Verwaltungsstrukturen und intensiviert die verwaltungsinterne Zusammenarbeit. Der Wandel zur Informationsgesellschaft wird durch eine innovative und offensive Haltung als Chance für die interne und externe Kommunikation genutzt. Die Strukturen auf Regions- und Gemeindeebene sind zur Bildung von schlagkräftigen Organisationen zu bereinigen und zu vereinfachen. Die Förderung der inneren Sicherheit stärkt das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Gesunde Staatsfinanzen und eine stabile Steuerbelastung sind bedeutende Standortfaktoren und wichtige Voraussetzungen für das wirtschaftliche Wachstum.

Trend: Zunehmende Komplexität der Probleme und Aufgaben

**Verwaltung – Reformen
– Aussenbeziehungen**

Führungsunterstützung,
Koordination, Umgang
mit Risiken

3: Ausgangslage

Die Bedeutung von Kooperationen und die Anzahl von Anspruchsgruppen steigen laufend. Immer wichtiger wird die Zusammenarbeit über verschiedene Politikbereiche, insbesondere bei politisch-strategischen Vorhaben. Damit erhöht sich die Komplexität der internen und externen Strukturen und folglich der Problembearbeitung. Gleichzeitig werden die Ressourcen immer knapper und der Spielraum für Innovationen kleiner.

Staat und Bürger sind immer wieder von Ereignissen betroffen, die gravierende Einschränkungen im täglichen Leben, soziale Probleme, Vertrauensverluste, Sach- und Personenschäden zur Folge haben. Beispiele hierfür sind Naturkatastrophen, Epidemien und Wirtschaftsskandale. Während es für „konventionelle Schadensereignisse“ häufig Risikoanalysen im Hinblick auf das Eintreten sowie erprobte Organisationen und Abläufe für die Bewältigung gibt, existieren für die Einschätzung „politischer Risiken“ wenig bis keine geeigneten Szenarien.

Strategische Absicht

Die Führungskompetenz der Regierung ist durch die zentrale Koordination von politisch-strategischen Schlüsselvorhaben und den gezielten Umgang mit politischen Risiken zu stärken.

Entwicklungsschwerpunkte

Gesamtkoordination von politisch-strategischen Schlüsselprojekten und Risiko-Management im politischen Bereich (ES 1).

Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen

Wandel zur Informationsgesellschaft

4: Ausgangslage

Bürgerinnen und Bürger nutzen immer mehr die Möglichkeiten elektronischer Kommunikationsplattformen, um sich zu informieren, um ihre Meinungsbildung zu fördern und um sich in gewissen Themenbereichen auch zu organisieren. Staatliche Kommunikationskompetenz wird in erster Linie durch die Qualität der Inhalte und durch die Zugangsmöglichkeiten geprägt. Die Erstellung von elektronischen Plattformen im Bereich E-Government oder die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, beispielsweise durch die gemeinsame Erstellung von Geodateninformationssystemen (GIS), gewinnen an Bedeutung.

Strategische Absicht

Das staatlich relevante Wissen ist als Führungs- und Entscheidungsgrundlage systematisch zu sammeln und elektronisch verfügbar zu machen. Gleichzeitig soll der Zugang mit Hilfe elektronischer Plattformen vereinfacht und erleichtert werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Internen Zugang zum staatlichen Wissen erleichtern und Kommunikation nach aussen verbessern (ES 2).

Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen

Moderne Verwaltung,
Vorbildfunktion, Führung,
Gleichstellung

5: Ausgangslage

Die Vorgesetzten auf allen Stufen müssen vermehrt in der Lage sein, ihre Führungsaufgabe kompetent und zielorientiert wahrzunehmen. Gleichzeitig gewinnen flexible Entlohnungssysteme unter Einbezug der Leistung an Bedeutung. Die Gleichstellung von Mann und Frau wird für Unternehmen beziehungsweise für den Kanton zunehmend zu einem wichtigen Kriterium als attraktiver Arbeitgeber. Das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial der Frauen ist gross.

Strategische Absicht

Die kantonale Verwaltung positioniert sich als attraktive und vorbildliche Arbeitgeberin, welche moderne Führungsgrundsätze anwendet und Frauen insbesondere für Kaderpositionen fördert.

Entwicklungsschwerpunkte

Moderne Verwaltung, Vorbildfunktion, Gleichstellung (ES 3).

Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen

Vernetzte Zusammenarbeit, Innere Sicherheit, Justiz

6: Ausgangslage

Die zunehmende Kriminalität sowie die knappen personellen und finanziellen Ressourcen führen je länger je mehr zu Lücken in der Auftrags Erfüllung der Polizei. Tendenziell sinkt das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Die Erfüllung polizeilicher Aufgaben bedingt zudem in Zukunft eine engere Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen hinaus.

Strategische Absicht

Das Sicherheitsempfinden soll durch die Optimierung des Leistungsauftrages der Polizei und die Intensivierung der interkantonalen Kooperation gestärkt werden. Durch neue Strukturen und eine konsequente Verzichtplanung ist den neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen.

Entwicklungsschwerpunkte

Sicherheitsempfinden der Bevölkerung (ES 4).

Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen

Justiz

7: Ausgangslage

Eine gut funktionierende Justiz gehört zu den zentralen Kernaufgaben eines Staates. Gesellschaftliche, politische und rechtliche Entwicklungen führen zu neuen Herausforderungen an die Justiz. Nach der Reform der erstinstanzlichen Gerichte sind die kantonalen Gerichte zu überprüfen und allenfalls zu reorganisieren. Die Kantonsverfassung vom 18. Mai und 14. September 2003 hat unter anderem im Bereich der Gerichtsorganisation einen umfassenden Handlungsbedarf zur Folge. Dabei geht es insbesondere um die Umsetzung der erweiterten Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit (Art. 55 nKV) und der Unvereinbarkeitsbestimmungen im weiteren Sinn (Art. 22 und 51 nKV).

Strategische Absicht

Durch Reformen im Justizbereich ist der Rechtsschutz zu stärken.

Entwicklungsschwerpunkte

Rechtsschutz und Gewährleistung einer guten Justiz (ES 5).

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Stellenabbau, Effizienz und
Qualität, Haushalts-
gleichgewicht

8: Ausgangslage

Seit dem Jahr 1997 schliesst der Kanton ohne Unterbruch mit Defiziten in der Laufenden Rechnung und mit Fehlbeträgen in der Finanzierungsrechnung ab. Damit wurden in erheblichem Umfang Eigenkapital und Vermögenssubstanz abgebaut. Der Verlust von Eigenkapital beziffert sich von 1996 bis Ende 2003 insgesamt auf rund 100 Millionen Franken.

Strategische Absicht

Die Massnahmen zum Projekt Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts sind zur Herstellung des Haushaltsgleichgewichts und zur Schaffung finanzpolitischer Handlungsspielräume konsequent umzusetzen. Dabei ist der Stellen- und Leistungsabbau sozialverträglich zu gestalten, gleichzeitig sind Effizienz und Qualität der Dienstleistungserbringung zu steigern.

Entwicklungsschwerpunkte

Struktur- und Leistungsüberprüfung, Stellen- und Personalbewirtschaftung (ES 24).

Gesundheit

Neuausrichtung Gesund-
heitsbereich

9: Ausgangslage

Fragen der Finanzen und der Finanzierbarkeit im Gesundheitsbereich bleiben auch in den nächsten Jahren aktuell, insbesondere weil viele Kostenfaktoren kaum beeinflussbar sind (beispielsweise medizinischer Fortschritt, demografische Alterung, gesellschaftliche Verhaltenstrends). Die Regelung der Defizitübernahme bildet für die Spitäler und Spitexorganisationen wenig Anreiz, wirtschaftlich zu arbeiten. Die heutige Ausgestaltung der Leistungsaufträge der Spitäler und der Abstufung der Spitalversorgung ist nicht mehr zeitgemäss. Neue medizinische Techniken oder Methoden werden meist zuerst in den Universitätsspitalern angeboten. Sobald die neue Technik oder Methode eine gewisse Verbreitung erhalten hat, ist zu prüfen, ob aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die Leistungserbringung im Kanton günstiger ist.

Strategische Absicht

Die Beiträge des Kantons im Gesundheitswesen sind leistungsbezogen auszurichten. Die Spitalversorgung des Kantons wird unter Einbezug qualitativer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte neu konzipiert.

Entwicklungsschwerpunkte

Neuausrichtung Gesundheitsbereich, betriebswirtschaftliche Grundsätze, Finanzierbarkeit (ES 12).

Soziale Sicherheit

Neuausrichtung stationärer Behindertebereich

10: Soziale Sicherheit

Der Kanton übernimmt heute die von der eidgenössischen Invalidenversicherung oder anderweitig nicht gedeckten Kosten der anerkannten Einrichtungen zur beruflichen und sozialen Integration behinderter Erwachsener, höchstens aber den anrechenbaren Aufwandüberschuss.

Strategische Absicht

Die Beiträge des Kantons an die Einrichtungen zur beruflichen und sozialen Integration behinderter Erwachsener sind leistungsbezogen auszurichten.

Entwicklungsschwerpunkt

Neuausrichtung stationärer Behindertenbereich, betriebswirtschaftliche Grundsätze, Finanzierbarkeit (ES 13).

Trends: Wandel in den Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Aufgabenerfüllung auf den unterschiedlichen Staatsebenen, gleichzeitig steigender Druck von Grossagglomerationen

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Neue Aufgabenteilung, Föderalismusreformen, Territoriale Strukturen

11: Ausgangslage

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) erfordert in den Kantonen inhaltliche, strukturelle und rechtliche Vorbereitungen. Die Auswirkungen auf die einzelnen Politikbereiche und den kantonalen Finanzhaushalt sind beachtlich. Die vermehrte kooperative Zusammenarbeit und der Spardruck erfordern eine vermehrte Kooperation unter den staatlichen Ebenen. Zwischen dem Kanton, den Regionen und den Gemeinden sind zentrale Fragen der Aufgabenüberprüfung, der künftigen Aufgabenzuordnung, der Finanzentflechtung sowie des Finanzausgleichs zu klären. Die Bildung von schlagkräftigen Organisationen auf Regions- und Gemeindeebene entspricht einem allgemeinen Postulat. Parallel mit der NFA gewinnen Fragen der territorialen Strukturen sowie neue Zusammenarbeitsformen an Bedeutung. Im Wettbewerb um die knappen staatlichen Förderungs- und Ausgleichsmittel gilt es die Position des Berggebiets (der Randregionen, des ländlichen Raumes) gegenüber den städtischen Agglomerationen zu stärken. Dazu sind eigene Reformanstrengungen des Berggebietes erforderlich. Dabei muss auch die Diskussion über die Ausgestaltung der dezentralen Besiedlung, wie sie die Bundes- und die Kantonsverfassung vorsehen, und die hierfür erforderliche Mindestausstattung (Strassen, Schulen, Versorgungseinrichtungen) geführt werden. Die bestehende Aufgabenorganisation, z.B. mit der grossen

Anzahl Gemeinden und Zweckverbänden, ist angesichts der fehlenden finanziellen und personellen Ressourcen nicht geeignet, um eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes sicherzustellen. Unüberschaubare Verflechtungen bei der Aufgabenerfüllung und bei den Finanzströmen schwächen die Widerstandskraft.

Strategische Absicht

Die Neuverteilung und Finanzierung der Aufgaben zwischen Kanton, Gemeinden und Regionen wird unter Einbezug der Gemeinden angegangen. Fragen der Effizienz der Aufgabenerfüllung in den Bereichen Gesundheit, Behindertenwesen, Verkehrs-, Raum- und Agglomerationspolitik und die Strukturen von Kleingemeinden stehen im Mittelpunkt. Besonders zu beachten sind die Auswirkungen von Liberalisierungsbestrebungen.

Beim direkten und indirekten Finanzausgleich (sowie in den Sektoralpolitiken) sind Hemmnisse für eine Reform der Gemeindestrukturen zu beseitigen. Durch Anreize und Hilfsinstrumente sollen Reformprozesse gefördert und beschleunigt werden. Die Strukturreform muss von einer Aufgaben- und Finanzentflechtung begleitet und durch ein effizientes Ausgleichssystem gestärkt werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Neue Aufgabenteilung und Territoriale Strukturen (ES 23).

3 Wirtschaft

Übergeordnete
Zielsetzung

Ein gutes Wirtschaftsklima sichert Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit. Dazu gehören eine unternehmensfreundliche Steuerpolitik und die Bereitstellung der nötigen Infrastrukturen. Ein attraktiver Bildungsstandort soll Wissen und Können sichern und national und international als Magnet wirken. Die Zukunftsperspektiven der Jugend im Bildungsbereich sind zu verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Bildungsinstitutionen wird gefördert. Dies begünstigt Innovationen und die Ausschöpfung einheimischer Potenziale im Tourismus sowie im traditionellen Gewerbe.

Trend: Steigender Wettbewerbs- und Innovationsdruck bei raschem Technologie- und Strukturwandel

Wirtschaft und
Wettbewerbsfähigkeit

Standort und Wettbewerb, Wirtschaft

12: Ausgangslage

Die globale Mobilität der Firmen hat zu einer globalen Konkurrenz der Standorte geführt. Unternehmen werden zunehmend umworben und mit verschiedenen Dienstleistungen sowohl bei der Entscheidungsfindung wie auch bei der Ansiedlung in einem Wirtschaftsraum unterstützt. Der Kanton Graubünden gehört nicht zu den starken Wirtschaftszentren und ist international als Wirtschaftsstandort zu wenig bekannt.

Strategische Absicht

Ansiedlungstätigkeiten zur Stärkung der Branchenstruktur und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sind durch eine ganzheitliche Wirtschaftsförderung zu intensivieren. Innovationen sollen durch den Erhalt beziehungsweise den Ausbau der angewandten Forschung mit Bedeutung für KMU gefördert werden. Die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen wird durch die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bildungs-, Forschungsinstituten und Wirtschaft unterstützt. Ebenso zu unterstützen ist die bestehende Grundlagenforschung.

Entwicklungsschwerpunkte

Standort und Wettbewerb (ES 18).
Rahmenbedingungen KMU (ES 19).

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Chancen des Tourismus, Öffnung der Agrarmärkte

13: Ausgangslage

Der Anteil des Dienstleistungssektors wird weiter steigen und bietet Wachstumschancen. Gerade in diesem Sektor besteht immer noch starker Rationalisierungs- und Restrukturierungsbedarf. Dies gilt insbesondere für den Tourismus, der im Zuge der Globalisierungsprozesse verstärktem Konkurrenzdruck zwischen den verschiedenen Destinationen ausgesetzt ist. Zu beachten ist die starke Abhängigkeit des Tourismus von geopolitischen Entwicklungen (Terrorismus, Sars usw.). Während die Schneesicherheit für den Wintertourismus sinkt, bietet der Sommertourismus unausgeschöpfte Potenziale. Die Berglandwirtschaft befindet sich seit Jahren in einem grossen Strukturwandel. Die weitere Öffnung der Märkte führt zu Strukturbereinigungen im Agrarsektor.

Strategische Absicht

Die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe ist zur Stärkung von Randregionen, zur Sicherung einer nachhaltigen Kulturlandschaft, als Basis für Erholung und Tourismus sowie zum Schutz vor Naturgefahren mit neuen Impulsen zu stärken. Die Konkurrenzfähigkeit im Tourismus lässt sich steigern, indem effizientere Strukturen geschaffen und Kooperationen intensiviert werden. Die Schneesicherheit in Graubünden ist durch die Förderung von Beschneiungsanlagen unter Einbezug ökologischer Anliegen zu erhöhen. Gleichzeitig bietet der Sommertourismus Potenziale, welche klar zu definieren und besser auszuschöpfen sind.

Entwicklungsschwerpunkte

Öffnung der Agrarmärkte (ES 20).
Chancen des Tourismus (ES 21).
Schneesicherheit in Graubünden und Innovationen bei Bergbahnen (ES 22).

Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft

Qualitätssteigerung im Bildungsbereich, Standort und Wettbewerb

14: Ausgangslage

Zeitgemässe Bildungseinrichtungen bilden eine wichtige Grundlage für funktionierende dezentrale Strukturen in den Regionen. Sie ermöglichen die Bildung attraktiver Arbeits- und Lebensräume und sind wichtig für Zuzüger und Rückkehrer, namentlich auch für Hochschulabsolventen. Von besonderer Bedeutung sind die Neubildung und Ansiedlung von Kompetenzzentren in der Forschung und Entwicklung. Diese lösen wesentliche Wertschöpfungen und wichtige Impulse für den Wirtschaftsstandort und für die Ansiedlung von KMU aus.

Strategische Absicht

Der Bildungsstandort Graubünden soll in allen Bereichen durch gezielte Massnahmen gestärkt werden. Durch die konsequente Verwendung der Standardsprache im Unterricht, die Straffung der Lehrpläne und die Integration von normabweichenden Talenten und Defiziten in der Regelklasse soll die Volksschule ihren Bildungs- und Entwicklungsauftrag mit tendenziell abnehmender Gesamtstundenbelastung besser erfüllen.

Im Berufsbildungs- und Weiterbildungsbereich ist die Markt- und Konkurrenzfähigkeit Graubündens zu erhalten und zu verbessern. Neue Herausforderungen sind vor allem in den Gesundheitsberufen zu meistern. Die Berufsmaturitätsquote ist zur Steigerung der Attraktivität der Berufslehre zu erhöhen. Im Forschungsbereich soll die Vernetzung der Unternehmungen und Bildungs- und Forschungsinstitutionen erreicht werden. Graubünden ist als Kompetenzzentrum für Bildung zu etablieren.

Entwicklungsschwerpunkte

Volksschule, Integration (ES 6).

Mittelschule (ES 7).

Berufsbildung (ES 8).

Tertiärbereich (ES 9).

4 Umwelt

Übergeordnete
Zielsetzung

Für die vom Klimawandel bedrohten Lebensräume sind Abwehr- und Änderungsstrategien zu entwickeln. Graubündens hohe Lebensqualität ist zu erhalten. Die gute Erreichbarkeit mit einer bedürfnisgerechten Verkehrserschliessung ist für die wirtschaftliche Entwicklung, für den Tourismus und für die Erhaltung der dezentralen Besiedlung von grösster Bedeutung. Erneuerbare Energien sind zu fördern und als Standortvorteil für die Wirtschaft zu nutzen.

Trends: Klimawandel als Bedrohung für das Leben und die Wirtschaft in den Berggebieten - Neue Herausforderungen für die Verkehrs- und Energiepolitik

**Umwelt und
Raumordnung**

Präventiver Schutz vor
Naturgefahren – Wald-
pflege, Schutzbauten,
Gefahrenmanagement

15: Ausgangslage

Klimaveränderungen und ihre Folgen stellen eine weltweite Bedrohung dar. Davon besonders betroffen sind auch die Lebensräume in den Berggebieten. Rund ein Drittel der Waldfläche (60'000 ha Wald) gilt im Kanton Graubünden als Wald mit besonderer Schutzfunktion. Diese Wälder üben direkten oder indirekten Schutz auf Siedlungen und Verkehrsträger aus und sind deshalb von besonderer Bedeutung für den Lebensraum. Die steigende Nachfrage im Bereich des Verkehrs (Ziel- und Transitverkehr, PKW und LKW-Verkehr) hat einen Einfluss auf die Luftqualität und bedingt gleichzeitig eine Kapazitätserhöhung auf dem Strassenverkehrsnetz.

Strategische Absicht

Die aktive Waldpflege ist als wichtiges Element zum nachhaltigen Schutz des Menschen und seiner Lebensräume zu nutzen. Bewährte Strategien im Gefahrenmanagement zur Verminderung der Risiken vor Naturkatastrophen sind weiter zu entwickeln.

Entwicklungsschwerpunkte

Präventiver Schutz vor Naturgefahren (ES 16).

Verkehr

Infrastrukturen –
Bedürfnisgerechte
Ausstattung, Si-
cherheit

16: Ausgangslage

Die steigende Nachfrage im Bereich des Personenverkehrs und des LKW-Transitverkehrs, das stärkere Wachstum im Schienenverkehr (Bahn 2000, demografische Entwicklung) sowie das zu erwartende Wachstum im Güterverkehr erfordern die Bereitstellung der nötigen Kapazitäten. Die Verkehrsverlagerungspolitik gewinnt an Bedeutung. Eine erfolgreiche Verlagerung von der Strasse auf die Schiene hängt vor allem von den verkehrspolitischen Rahmenbedingungen und dem Schienenangebot ab. Das Strassenverkehrsamt ist heute aufgrund der ungenügenden Prüfkapazitäten nicht in der Lage, die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfintervalle einzuhalten. Die Anzahl von prüffälligen Fahrzeugen im Verkehr steigt deshalb laufend. Platzprobleme erschweren zudem eine effiziente Dienstleistungserbringung.

Strategische Absicht

Ein bedürfnisgerechtes und sicheres Strassennetz ist bereitzustellen, negative Effekte des Strassenverkehrs für die Bevölkerung sind zu minimieren. Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs ist mit Angeboten zur Verlagerung von der Strasse auf die Schiene, einem Ausbau der Infrastrukturen und der Anbindung an das nationale und internationale Eisenbahnnetz zu steigern. Mit einem Neubau des Strassenverkehrsamtes sollen die Prüfkapazitäten erhöht und die Verkehrssicherheit gesteigert werden. Gleichzeitig sind mit dem neuen räumlichen Konzept die Dienstleistungen effizienter zu erbringen.

Entwicklungsschwerpunkte

Bedürfnisgerechte Ausstattung der Infrastrukturen (ES 15).

Umwelt und Raumordnung

Energieeffizienz, er-
neuerbare Energien,
Substitution von Öl,
Wasserkraft

17: Ausgangslage

Die Wasserkraftnutzung bildet einen Standortvorteil unseres Kantons, wird aber zu wenig ausgeschöpft. Von den heute bekannten Stromproduktionstechniken ist die Wasserkraftnutzung jene mit den geringsten Auswirkungen auf die Umwelt. Liberalisierungsbestrebungen im Strommarkt werden in den nächsten Jahren den Wettbewerb unter den Stromproduzenten intensivieren. Energieholz ist ein Teil des Naturproduktes Holz.

Strategische Absicht

Mit der Nutzung der Wasserkraft und der Förderung der Energieeffizienz mit einheimischen, erneuerbaren Energien ist die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Im Hinblick auf Liberalisierungsbestrebungen im Strommarkt sind Strategien zur Nutzung der Wasserkraft zu entwickeln und die Wasserkraft als Standortvorteil für die Wirtschaft zu nutzen. Erneuerbare Energien zur Substitution von Öl sowie zum Schutz der Umwelt sind zu fördern.

Entwicklungsschwerpunkte

Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Substitution von Öl (ES 17).

B. Entwicklungsschwerpunkte, Massnahmen und Finanzen

Die folgenden Entwicklungsschwerpunkte und Massnahmen konkretisieren die strategischen Absichten. Die Massnahmen zeigen, wie die Strategien realisiert werden sollen. Die Verwirklichung der Massnahmen setzt zudem entsprechende finanzielle Mittel voraus. Fehlen Angaben zu den Mehrkosten, entstehen keine solchen respektiv sind diese durch Umlagerungen finanzierbar.

Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr.	Massnahmen	Kosten gemäss VO 2004	2005	2006	2007	2008	Total
			Mehrkosten gegenüber VO 2004 in 1 000 Fr.				
0: Verwaltung – Reformen – Aussenbeziehungen							
ES 1/03: Gesamt-Koordination von politisch-strategischen Schlüsselprojekten und Risiko-Management im politischen Bereich.	<ul style="list-style-type: none"> - Politisch-strategische Schlüsselvorhaben und die zentralen Steuerungselemente sind zu definieren. - Notwendige Strukturen in der kantonalen Verwaltung etablieren. - Aufbau eines Vollzugscontrollings. - Durchführung einer Risikoanalyse und Formulierung einer Risikopolitik. - Aufbau eines Früherkennungssystems. - Aufbau eines Risikomanagements. 	0	15	15	5	5	40
ES 2/04: Interner Zugang zum staatlichen Wissen erleichtern und Kommunikation nach aussen verbessern.	<ul style="list-style-type: none"> - Das interne Wissen ist zu erfassen und elektronisch intern und extern zugänglich zu machen. - Pilotversuch Bereiche Standeskanzlei und Regierung. - Ausbau E-Government-Plattformen. 	0	35	35	35	35	140
ES 3/05: Moderne Verwaltung, Vorbildfunktion, Gleichstellung.	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der ziel- und leistungsorientierten Personalführung. - Erhöhung des Frauenanteils in der kantonalen Verwaltung, Kaderpositionen. - Verbesserung der Führungsinstrumente in den Bereichen GRiforma, Aufgabenplanung und finanzielle Steuerung. 	865	120	170	150	1 860	2 300

Legende:

ES = Nr. Entwicklungsschwerpunkt

SA = Nr. Strategische Absicht

VO = Voranschlag

Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr.	Massnahmen	Kosten gemäss VO 2004	2005	2006	2007	2008	Total
			Mehrkosten gegenüber VO 2004 in 1 000 Fr.				
1: Sicherheit							
ES 4/06: Sicherheitsempfinden der Bevölkerung.	<i>TOTAL</i>	1 175	10 835	21 230	6 730	765	39 560
	- Reorganisationsprojekt P 2003.	0	0	0	0	0	0
	- Ostschweizer Polizeischule ab 2006.	280	-280	140	140	140	140
	- Sicherheitsfunknetz Graubünden (POLYCOM).	0	9 500	18 000	6 000	0	33 500
	- Neues Einsatzleitsystem.	0	1 200	1 300	0	0	2 500
	- Verlegen der Notruf- und Einsatzzentrale (NEZ).	0	800	1 200	0	0	2 000
	- Betrieb des Schwerverkehrskontrollzentrums Unterrealta mit zusätzlichem Personal (Finanzierung durch Bund)	400	-400	-400	-400	-400	-1 600
	- Projekt „PLACE“	100	0	0	0	0	0
	- Entlohnung der notwendigen personellen Ressourcen.	0	0	940	940	940	2 820
	- Zusammenarbeit innerhalb des Ostschweizer Polizeikonkordats durch Schaffen von Kompetenzzentren.	10	20	50	50	50	170
	- IT-Ermittlung	0	40	0	0	0	40
	- Befragung Bevölkerung	35	-35	-35	-35	0	-105
	- Anschaffungen	350	-10	35	35	35	95
ES 5/07: Rechtsschutz und Gewährleistung einer guten Justiz (ES 5).	- Justizreform 2.	236	0	0	0	0	0
2: Bildung in Wirtschaft und Gesellschaft							
ES 6/14: Volksschule, Integration.	- Straffung der Inhalte - Mehr Tiefe als Breite.	0	280	290	250	250	1 070
	- Unterrichtssprache ausnahmslos in der jeweiligen Standardsprache (kein Dialekt).						
	- Anpassung an formale Vorgaben der Mehrheit der Kantone.						
	- Förderung der Integration.						
ES 7/14: Mittelschule.	- Überarbeitung kantonaler MAR-Rahmenlehrplan und schulspezifische Lehrpläne für das Gymnasium.	0	70	80	90	90	330
ES 8/14: Berufsbildung.	- Aufbau des Bildungszentrums Gesundheit und Soziales (BGS) und Umsetzung der Bildungsreform im Gesundheits- und Sozialbereich;	0	500	1 000	0	0	1 500
	Neubau BGS.	0	0	5 500	6 000	6 000	17 500
	- Erhöhung der Berufsmaturitätsquote der Berufslernenden.	0	90	120	120	120	450

Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr.	Massnahmen	Kosten gemäss VO 2004	2005	2006	2007	2008	Total
			Mehrkosten gegenüber VO 2004 in 1 000 Fr.				
ES 9/14: Tertiärbereich.	- Die Pädagogische Fachhochschule Graubünden etabliert sich schweizweit als Institution für mehrsprachigen Unterricht an der Volksschule.	0	288	308	351	351	1 298
	- Festigung Studienstandort (Hochschulen, Höhere Fachschulen) und Forschungsstandort GR.	0	630	630	630	630	2 520
3: Kultur, Sprache und Sport							
ES 10/02: Kulturelle Globalisierung und Nationalsprachen.	- Erhaltung und Förderung der drei Kantonsprachen.	0	60	60	50	40	210
	- Förderung der Sprachkompetenz, insbesondere des Englischen.	0	0	0	0	0	0
	- Rumantsch Grischun in der Schule.	0	530	530	575	575	2 210
ES 11/02: Vermarktung Kultur.	- Definition von „Bündner Kultur“. - Bildung der Marke „Graubünden Kultur“ oder „Kultur Graubünden“. Sie ist zugleich „Gütesiegel“. - Verbreitungskanäle auf- und ausbauen. - Gezielte Förderung von anstehenden konkreten Projekten, die einen wichtigen Teil der Bündner Kultur darstellen.	0	792	727	657	182	2 358
4: Gesundheit							
ES 12/09: Neuausrichtung Gesundheitsbereich, betriebswirtschaftliche Grundsätze, Finanzierbarkeit.	- Neuregelung der Spitalfinanzierung. - Neuregelung der Spitalversorgung. - Neuregelung der Spitexfinanzierung. - Make or Buy Entscheid bei neuen medizinischen Techniken / Methoden.	0	230	70	60	70	430

Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr.	Massnahmen	Kosten gemäss VO 2004	2005	2006	2007	2008	Total
			Mehrkosten gegenüber VO 2004 in 1 000 Fr.				
5: Soziale Sicherheit							
ES 13/10: Neuausrichtung stationärer Behindertenbereich, betriebswirtschaftliche Grundsätze, Finanzierbarkeit	- Neuregelung der Finanzierung des stationären Behindertenbereichs	0	100	200	200	200	700
ES 14/01: Soziale Risiken und Notlagen, Sozialberatung.	- Sicherstellen eines leistungsfähigen Beratungsangebotes und Verbesserung und Koordination der Zusammenarbeit der beteiligten Beratungs- und Dienststellen. - Entwicklung einer gemeinsamen Plattform zur Vermittlung von Arbeitsstellen und Beschäftigungsangeboten für Personen mit eingeschränkter Arbeits- und Leistungskompetenz. - Case-Management Modelle prüfen für die Beratung und Begleitung von Personen, die Leistungen unterschiedlicher Beratungs- und Dienststellen der sozialen Sicherheit beanspruchen.	0	440	440	440	440	1 760
6: Verkehr							
ES 15/16: Bedürfnisgerechte Ausstattung der Infrastrukturen.	- Erhalt, Aus-, Neubau der Strassen. - Förderung des öffentlichen Verkehrs. - Neubau Strassenverkehrsamt mit Steigerung der Prüfungskapazitäten/Umsetzung des Projekts „Place“ der Kantonspolizei.	165 800 31 250 0	0 0 0	0 0 1 000	0 0 5 000	0 0 5 000	0 0 11 000
7: Umwelt und Raumordnung							
ES 16/15: Präventiver Schutz vor Naturgefahren.	- Klima- und Naturkatastrophen: Aktive Waldpflege als wichtiges Element für den nachhaltigen Schutz des Menschen und seiner Lebensräume fördern. - Klima- und Naturkatastrophen: Weiterentwicklung des Gefahrenmanagements. - Weiterbetreiben und rationalisieren der Messnetze für Umweltdaten und Umsetzung der Inventare Natur und Landschaft.	3 300 -114 1 629	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0

Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr.	Massnahmen	Kosten gemäss VO 2004	2005	2006	2007	2008	Total
			Mehrkosten gegenüber VO 2004 in 1 000 Fr.				
ES 17/17: Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Substitution von Öl.	- Standort und Arbeitsmarkt: Produktion und Dienstleistungen in der Bündner Holzkette verbessern.	370	0	0	0	0	0
	- Vorbereiten auf die Liberalisierung des Strommarktes.	50	0	0	0	0	0
	- Förderung energetischer Gebäudesanierungen. Anschluss der Gemeinden an Anreizmodell für Gebäudesanierungen verstärken.	1 270	0	0	0	0	0
	- Standortvorteil der Wasserkraft stärken.	50	0	0	0	0	0
8: Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit							
ES 18/12: Standort und Wettbewerb.	- Intensivierung der Ansiedlungspolitik zur Stärkung der Branchenstruktur und Schaffung neuer Arbeitsplätze.	0	0	0	0	0	0
	- Metropolisierungstrend; Anbindung des Bündner Rheintals an die Metropole Zürich, GZA.	0	50	50	50	50	200
ES 19/12: Rahmendbedingungen KMU.	- Verbessern der Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Standortattraktivität für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen.	20	40	50	50	50	190
	- Senkung der Steuerbelastung für juristische Personen (je nach finanziellen Möglichkeiten)						
	- Steigende Bedeutung der Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik bei der Verbesserung der Standortattraktivität.	0	300	300	300	300	1 200
	- Förderung der Innovation sowie des Wissens- und Technologietransfers zwischen der Wirtschaft und den Bildungs- und Forschungsinstituten.	0	0	0	0	0	0

Entwicklungsschwerpunkte ES-Nr. / SA-Nr.	Massnahmen	Kosten gemäss VO 2004	2005	2006	2007	2008	Total
			Mehrkosten gegenüber VO 2004 in 1 000 Fr.				
ES 20/13: Öffnung der Agrarmärkte.	- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und Abfederung der sozialen Folgen der Liberalisierung.	2 885	0	0	0	0	0
	- Stärkung der Randregionen und des ländlichen Raumes durch Bereitstellung minimaler Infrastrukturen; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe; Sicherung einer nachhaltigen Kulturlandschaft als Basis für Erholung und Tourismus, aber auch zum Schutz vor Naturgefahren.	10 000	0	1 000	1 000	1 000	3 000
ES 21/13: Chancen des Tourismus.	- Förderung von Innovationen im Tourismus.	0	200	200	200	200	800
	- Förderung von Kooperationen und effizienten Strukturen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.	0	50	50	50	50	200
	- Förderung der Entwicklung von Kompetenzzentren und von Veranstaltungen.	0	400	400	400	400	1 600
ES 22/13: Schneesicherheit in Graubünden und Innovationen bei Bergbahnen.	- Innovationsförderung bei den Bündner Bergbahnunternehmen.	0	250	250	250	250	1 000
	- Intensivierung der Unterstützung von Beschneigungsanlagen.						
ES 23/11: Neue Aufgabenteilung und territoriale Strukturen.	- Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit und Intensivierung von Gemeindefusionen.	0	0	0	2 000	3 000	5 000
	- Gesetzeskonforme Umsetzung der NFA auf kantonaler Stufe.	0	40	40	40	40	160
9: Finanzpolitik und Kantonshaushalt							
ES 24/08: Struktur- und Leistungsüberprüfung, Stellen- und Personalbewirtschaftung.	- Umsetzung der Stellen- und Personalbewirtschaftung im Rahmen der Struktur- und Leistungsüberprüfung. - Schaffung finanzpolitischer Handlungsspielräume durch die konsequente Umsetzung der Massnahmen gemäss Struktur- und Leistungsüberprüfung sowie durch verschiedene andere Massnahmen.	0	0	70	100	70	240

C. Finanzplanbeschlüsse 2005-2008

1. Die **Laufende Rechnung** ist **ausgeglichen** zu gestalten. Ein budgetierter **Aufwandüberschuss** der Laufenden Rechnung darf 30 Mio. Franken nicht überschreiten. Beträgt das Eigenkapital zu Beginn des massgebenden Jahres voraussichtlich weniger als 30 Mio. Franken, ist der Aufwandüberschuss im Budget möglichst unter 20 Mio. Franken zu senken.
2. Die kantonale **Steuerbelastung** ist - gemessen am Gesamtindex - möglichst stabil zu halten.
3. Zur Beschränkung der kapitalbedingten und betrieblichen Folgekosten sollen die **Nettoinvestitionen**¹ 170 Mio. Franken nicht überschreiten.
4. Der budgetierte **Finanzierungsfehlbetrag**¹ ist auf höchstens 70 Mio. Franken zu beschränken.
5. Das budgetierte Defizit der **Strassenrechnung** darf höchstens 20 Mio. Franken betragen.
6. Die **Staatsquote** soll **stabil** gehalten werden. Die konsolidierten Gesamtausgaben¹ dürfen unter Ausklammerung der durchlaufenden Beiträge höchstens gleich stark wachsen wie das nominelle Bruttosozialprodukt. Für das Ausgabenwachstum der vom Kanton subventionierten Betriebe und Bereiche gelten analoge Massstäbe.
7. Der **Personalstopp** für kostenwirksame Stellenschaffungen ist weiterzuführen. Vorbehalten bleibt eine Ablösung der Stellenplanbewirtschaftung durch eine Steuerung der Gesamtlohnsumme. Zu beachten sind im Besonderen die Vorgaben zum Abbau von Personalstellen im Rahmen der Struktur- und Sanierungsmassnahmen des Kantons.
8. **Lastenverschiebungen** zwischen dem Kanton und den Gemeinden sind möglichst zu vermeiden. Soweit indessen der Kantonshaushalt durch Bundesmassnahmen in hohem Masse zusätzlich belastet wird, ist ein teilweises Mittragen dieser Lasten durch die Gemeinden vertretbar.
9. Um die **Nutznieser- und Verursacherfinanzierung** soweit als möglich auszuschöpfen, sind die Entgelte periodisch der nachweisbaren Kostenentwicklung anzupassen.
10. **Neue und erweiterte kostenwirksame Aufgaben und Projekte** sind erst dann zu realisieren, wenn deren Finanzierung ausreichend sichergestellt ist.

¹ Ohne allfällige Erhöhung des Dotationskapitals der Graubündner Kantonalbank (GKB) sowie Veränderungen von Darlehen der Arbeitslosenversicherung (ALV) und der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft (LKG).

D. Ergebnisse Finanzplan 2005 - 2008

Verwaltungsrechnung im Überblick

	Budget	Finanzplan			
	2004	2005	2006	2007	2008
		in Mio. Franken			
Aufwand (ohne int. Verrechnung)	1'837.6	1'893.2	1'917.7	1'944.1	1'966.3
Ertrag (ohne int. Verrechnung)	1'816.7	1'865.3	1'850.2	1'889.2	1'925.6
Defizit Laufende Rechnung	-20.9	-27.9	-67.5	-54.9	-40.7
Konsolidierte Gesamtausgaben II ¹⁾	1'534.0	1'611.8	1'645.1	1'664.8	1'671.7
<i>Zunahme gegenüber V orjahr</i>	<i>0.1%</i>	<i>5.1%</i>	<i>2.1%</i>	<i>1.2%</i>	<i>0.4%</i>
Konsolidierte Gesamteinnahmen II ¹⁾	1'480.7	1'539.2	1'525.3	1'572.5	1'610.5
<i>Zunahme gegenüber V orjahr</i>	<i>1.4%</i>	<i>4.0%</i>	<i>-0.9%</i>	<i>3.1%</i>	<i>2.4%</i>
Finanzierungsfehlbetrag	53.3	72.6	119.8	92.3	61.2
Bruttoinvestitionen ²⁾	372.1	393.3	404.7	413.0	381.0
Nettoinvestitionen ²⁾	151.9	174.5	184.1	172.8	155.6
Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen	64.9%	58.4%	34.9%	46.5%	60.7%
Defizit Strassenrechnung	23.9	19.1	16.5	15.7	12.9

¹⁾ ohne Darlehen ALV/LKG und ohne durchlaufende Bundesbeiträge

²⁾ ohne Darlehen ALV/LKG